

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Klaus von Dohnanyi MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt, unterstreicht, daß die deutsche Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag richtig war und ist: Auch, wenn es Strauß nicht wollte. Seite 1-3

Karsten Voigt MdB erläutert, warum Friedenssicherung alle Bürger und nicht nur Politiker angeht: Aktive Friedenspolitik bedarf breiter Unterstützung. Seite 4-5

Ernst Haar MdB setzt sich für eine Verabschiedung des Verkehrslärmschutzgesetzes im Oktober ein: Neuer Anlauf. Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 154

14. August 1980

Auch, wenn es Strauß nicht wollte

-----  
Die deutsche Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag war und ist richtig

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB  
Staatsminister im Auswärtigen Amt

In diesen Tagen ist in Genf die Zweite Überprüfungs-konferenz der Vertragsparteien des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen - kurz genannt Nichtverbreitungs- oder Atomwaffensperrvertrag - zusammengetreten. Dies gibt Anlaß zur Bilanz über das Vertragswerk.

Vor fast elf Jahren, am 28. November 1969 unterzeichneten die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, London und Moskau den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Der Vertrag hat im wesentlichen folgende Ziele:

- Die Staaten, die am 1. Januar 1967 keine Kernwaffen besaßen, zu verpflichten, diese auch künftig weder herzustellen noch anzunehmen;
- gleichermaßen sicherzustellen, daß diese Staaten in vollem Umfang in den Genuß der Vorteile der friedlichen Nutzung der Kernenergie gelangen;
- durch internationale Sicherungsmaßnahmen zu gewährleisten, daß die nuklearen Tätigkeiten der Nicht-Kernwaffenstaaten nicht auf die Herstellung solcher Waffen ausgerichtet werden;
- die Entschlossenheit der Vertragsparteien darzutun, daß der Vertrag zu weiteren Fortschritten auf dem Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung führen soll.

Die Opposition im Deutschen Bundestag - die CDU/CSU - war gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland Sturm gelaufen. Bereits 1967 bezeichnete der heutige Kanzlerkandidat



der Union, Franz Josef Strauß, den Atomwaffensperrvertrag als "ein neues Versailles, und zwar von kosmischen Ausmaßen". Dies Strauß'sche Urteil erwies sich - wie so oft bei ihm - als ebenso nationalistisch im Ton wie falsch in der Sache.

Auch 1974 mochte sich Strauß nicht eindeutig von Äußerungen seines Parteifreundes Seidl im "Bayernkurier" distanzieren, die nur so verstanden werden konnten, daß hier für die Bundeswehr die nationale Verfügungsgewalt über Kernwaffen gefordert werde. Nach langen Debatten im Bundestag und in der gesamten Öffentlichkeit sperrte sich der heutige "Abrüstungs- und Rüstungskontrollexperte" der Unionsparteien, der Abgeordnete Mertes, noch immer aus ähnlichen Gründen gegen die Ratifizierung des Vertrages.

Was ist von den damals von der Opposition geäußerten Sorgen und Argumenten heute zu halten?

- Der Vertrag hat der Sowjetunion - entgegen der Furcht von Herrn Strauß - keine zusätzliche Einwirkungsmöglichkeit auf die Bundesrepublik Deutschland verschafft.
- Es gibt keine Doppelkontrolle und damit politische und wirtschaftliche Beeinträchtigung von EURATOM. Dafür haben sich aber drei Kernwaffenstaaten - USA, Großbritannien und Frankreich, letzteres, ohne Vertragspartei des NV-Vertrags zu sein! - bereit erklärt, ihre friedlich genutzten Nuklearanlagen den Sicherungs- und Überprüfungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergieagentur zu unterstellen. Wir hoffen, daß auch noch andere Kernwaffenstaaten - insbesondere die Sowjetunion - diesem Beispiel folgen.
- Der Beitritt zum NV-Vertrag hat nicht zu forschungs- und wirtschaftspolitischen Nachteilen für uns geführt. Es ist vielmehr nicht zu verkennen, daß unsere Mitgliedschaft im NV-Vertrag eine entscheidende Voraussetzung für unsere erfolgreiche nukleare Exportpolitik war und ist. Man kann eindeutig sagen: Ohne Mitgliedschaft im NV-System wären wir heute völlig aus dem internationalen Markt für Kernkraftwerke ausgeschieden. Der Beitritt zum Vertrag führte auch im Verhältnis zu den Kernwaffenstaaten USA, Großbritannien und Sowjetunion als Vertragspartner nicht zu



einer Diskriminierung oder Beeinträchtigung der Wettbewerbssituation der deutschen Nuklearindustrie, auch nicht im Verhältnis zu Frankreich.

- Der Vertrag hat nicht zu einer Beeinträchtigung der europäischen Integration im wissenschaftlich und wirtschaftlichen Nuklearbereich geführt.

Die Unterschrift unter den Nichtverbreitungsvertrag war richtig. 114 Staaten sind heute Mitglied des Vertrages: Das bedeutet indessen nicht, daß mit dem Vertrag alle in diesem Bereich bestehenden Probleme gelöst wären. Anderes anzunehmen, wäre naiv. Ganz im Gegenteil; entscheidende Fortschritte sind noch erforderlich. Die Existenz von Kernwaffen ist und bleibt eine schreckliche Realität in dieser Welt. Sie muß geändert werden; eine Forderung, die sich vorrangig an die Kernwaffenstaaten richtet, aber auch an diejenigen Länder, die versucht sein könnten, die Wahrung ihrer Sicherheit in der Entwicklung von Kernwaffen zu suchen. Die Bundesregierung warnt vor den Gefahren der Poliferation verursacht durch zunehmende regionale Spannungen, und befürwortet und unterstützt die Schaffung kernwaffenfreier Zonen.

Dabei unterstreicht die Bundesregierung abermals die Notwendigkeit, die friedliche Nutzung der Kernenergie ohne Diskriminierung auch den nicht-kernwaffenbesitzenden Staaten in vollem Umfang zu ermöglichen; dies gilt insbesondere auch für die Länder der Dritten Welt.

Die Bundesregierung sieht sich in ihrer Politik bestätigt. Wie im Falle des Moskauer Vertrages, des Warschauer Vertrages, der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki: Die CDU/CSU war dagegen. Aber die Politik der letzten zehn Jahre muß, so die eindeutige Bilanz, fortgesetzt werden.

(-/14.8.1980/ks/ca)

+ + +



**Aktive Friedenspolitik bedarf breiter Unterstützung**  
-----

**Warum Friedenssicherung alle Bürger und nicht nur Politiker angeht**

Von Karsten D. Voigt MdB

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

Egon Bahr hat recht: Bürgerinitiativen gegen weitere Rüstung in Ost und West sind sinnvoll und notwendig. Aus diesem Grund haben wir seit 1978 mit der "Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit" auf Bundesebene und durch regionale Gliederungen insbesondere in Berlin, Bremen, Hessen und Bayern auf einer Vielzahl von Veranstaltungen für eine aktive Friedenspolitik mobilisiert. Wir fordern insbesondere Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter, Christen, Vertreter von Jugendorganisationen, der Frauenbewegung, Wissenschaftler, Militärs und Künstler auf, vor Ort weitere Initiativen für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit zu bilden, die dazu beitragen können, die Bevölkerung für den Friedensgedanken zu überzeugen und für eine aktive Friedenspolitik zu gewinnen.

Der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West und die Militarisierung der Dritten Welt nimmt immer bedrohlichere Formen an. Nirgendwo wird die Ideologie vom unbegrenzten Wachstum und der blinde Glaube an den technologischen Fortschritt so widersinnig, so gemeingefährlich, wie auf dem Gebiet der Rüstung. Würde heute die fortgeschrittenste Waffentechnologie in einem Dritten Weltkrieg eingesetzt, so bedeutet dies das Ende des Fortschritts der Technologie und des Lebens auf unserem Kontinent. Aus diesem Grunde muß eine aktive Friedenspolitik der Vertrauensbildung zwischen Nord und Süd und Ost und West den politischen Vorrang vor dem Vertrauen auf neue Waffentechnologien einräumen.

Die Aufgabe der Friedenssicherung, das Ziel der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig für alle Bürger. Deshalb dürfen Probleme der Friedens-, Abrüstungs- und Sicherheitspolitik auch nicht nur hinter verschlossenen Türen unter dem Siegel der Verschwiegenheit und unter Beteiligung einer nur kleinen Zahl von Politikern und Militärs diskutiert und entschieden werden.

Eine aktive Friedenspolitik wie bei Beginn der Ostpolitik, jetzt zur Vorbereitung und kritischen Begleitung einer noch aktiveren Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverringerung, bedarf der Diskussion und Unterstützung durch die Bevölkerung. Eine breite demokratische Friedensbewegung kann als Ergebnis einer langfristig angelegten und unermüdlichen Vertrauensarbeit demokratisch glaubwürdiger Kräfte vor Ort den Charakter der Friedenspolitik als Ausdruck einer in der Bevölkerung breit verankerten politischen Reformbewegung neu beleben.

Die Aufgaben einer friedenspolitischen Diskussion lassen sich für die nächste Zeit in zehn Punkte zusammenfassen:

1. Wir brauchen eine neue demokratische Friedensbewegung, die über Parteigrenzen hinweg offen bleibt und gleichwohl in der Kontinuität der sozialdemokratisch-liberalen Friedens- und Entspannungspolitik steht.
2. Wir brauchen eine Friedensbewegung, die dadurch politische Einflußchancen erwirkt, daß sie ihr friedenspolitisches Engagement mit einer ebenso großen Bereitschaft zur



- rationalen Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen und militärischen Fragestellungen verbindet.
3. Wir brauchen ein friedenspolitisches Bündnis relevanter und demokratisch glaubwürdiger gesellschaftlicher Kräfte im In- und Ausland, das insbesondere Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter, Christen, Vertreter von Jugendorganisationen, der Frauenbewegung, Wissenschaftler, Militärs und Künstler umfaßt und Kontakte mit befreundeten Parteien in der Sozialistischen Internationale, mit liberalen Gruppen in den USA und anderen demokratisch glaubwürdigen Gruppen der internationalen Friedensbewegung pflegt.
  4. Wir brauchen eine konzeptionelle Fortführung der sozialdemokratischen Friedenspolitik,
    - a/ die die Rüstungskontroll-, Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungspolitik im Ost-West-Bereich anknüpfend an Helmut Schmidts Konzeption der Sicherheitspartnerschaft fortführt und vertieft;
    - b/ die den Zusammenhang von Unterentwicklung und weltweitem Wachstum der Rüstungsausgaben, die Gefahren der Militarisierung des Nord-Süd-Konfliktes darstellt und Lösungen aufzeigt (anknüpfend an die Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Abrüstung und den Ergebnissen von Willy Brandts Nord-Süd-Kommission);
    - c/ die Fortschritte bei der Lösung des Ost-West- und Nord-Süd-Konfliktes konzeptionell und konstruktiv im Sinne der regionalen Ausdehnung der Entspannungspolitik und einer weltweiten Sicherheitspartnerschaft verbindet.
  5. Wir brauchen eine konzeptionelle Verzahnung der kritischen Analyse friedlicher Technologien mit der bisher völlig unzureichenden Kritik der Risiken neuer militärischer Technologien. Die in der Ökologiebewegung formulierte Kritik an den Rahmenbedingungen der Forschung und Entwicklung neuer Technologien und deren Finanzierung muß noch nachdrücklicher im Sinne rüstungskontrollpolitischer Zielsetzungen unterstrichen werden.
  6. Wir müssen das Bewußtsein für die negativen Folgen eines ungesteuerten Rüstungswachstums und Rüstungswettlaufs in den Zusammenhang der ordnungspolitischen Diskussion stellen, in dem wir daran erinnern, wie unsozial und krisenhaft auch in der Wirtschaft die Folgen ungesteuerten Wachstums und unregulierter Marktkonkurrenz sind.
  7. Wir brauchen eine breitere und intensivere Kritik der wachsenden Rüstungsexporte, die auch die Sorge um sichere Arbeitsplätze, insbesondere in strukturschwachen Regionen, berücksichtigt.
  8. Wir brauchen eine qualifiziertere Kritik einzelner Rüstungsprojekte, die über eine kurzatmige und über eine ausschließlich moralisch begründete Kritik hinaus auch militärische und ökonomische Argumente berücksichtigt.
  9. Wir müssen uns für noch mehr Demokratiebewußtsein der Bundeswehr engagieren und kritische Demokraten in der Bundeswehr und die berechtigten sozialen Anliegen von Bundeswehrangestellten durch unsere Solidarität und unser konstruktives Verhalten gegenüber der Bundeswehr stärken.
  10. Es müssen sich mehr als bisher auch diejenigen für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer einsetzen, die selber von diesem Recht nicht Gebrauch gemacht haben oder machen wollen. (-/14.4.1980/ks/ca)



Neuer Anlauf  
-----

Regelung des Verkehrslärmschutzes im Oktober möglich

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Am 4. Juli ist im Bundestag das Verkehrslärmschutzgesetz gescheitert, weil die FDP den im Vermittlungsausschuß mit den Ländern ausgehandelten Kompromiß abgelehnt hatte und die CDU das Gesetz ebenfalls abgelehnt hatte.

Dies darf im Interesse der betroffenen Bevölkerung nicht das letzte Wort sein. Eine Zeitverzögerung von mindestens zwei Jahren ist zu erwarten, wenn der künftige Bundestag sich erneut mit dem Gesetz befassen müßte. Um diesen wichtigsten Umweltschutzgesetz der letzten Jahre doch noch über die parlamentarischen Hürden zu helfen, ist eine nochmalige Beratung des Verkehrslärmschutzgesetzes im Vermittlungsausschuß und eine Verabschiedung noch durch diesen Bundestag vor Ablauf der Legislaturperiode daher dringend notwendig. Dies um so mehr, als sich die SPD und FDP einig sind, daß ein wirksamer Schutz der Bevölkerung vor dem Lärm des Auto- und des Schienenverkehrs schon lange überfällig ist.

Unüberbrückbar sind die noch bestehenden Gegensätze nicht. Es geht lediglich um die Frage, ob alle Gebietskörperschaften zusammen, das heißt Bund, Länder und Gemeinden künftig rund eine Milliarde DM pro Jahr oder 825 Millionen DM pro Jahr für den Lärmschutz aufwenden sollen. Der Bundesrat hatte gefordert, durch Verschlechterung der Lärmschutzvorschriften sowohl für bestehende als auch für neu zu bauende Straßen die Lärmschutzkosten auf rund 500 Millionen DM pro Jahr zu halbieren. Im Vermittlungsausschuß wurde erreicht, daß die vom Bundestag beschlossenen schärferen Lärmschutzanforderungen für neue Straßen erhalten blieben und lediglich bei den bestehenden Straßen den Forderungen der Länder nachgegeben wurde.

Bei einem neuen Anlauf im Vermittlungsausschuß sollte es möglich sein, auch beim Lärmschutz an bestehenden Straßen zu einem akzeptablen Kompromiß zu kommen. Den Anwohnern dieser Straßen sollte nicht zugemutet werden, mehr als doppelt so viel Lärm ertragen zu müssen wie die, die an neu gebauten Straßen leben. Den Befürwortern strengerer Schutzbestimmungen sollte jedoch bewußt sein, welche Folgen ein endgültiges Scheitern des Gesetzes hätte und daß ein vernünftiger Kompromiß mit den Ländern weit besser ist als überhaupt kein Gesetz.

(-/14.8.1980/ks/ca)

